

Solidarität



Rückblick: ÖGB und Gewerkschaften haben 2011 vieles erreicht, vieles bleibt offen **Seite 3**



Europa: Schuldenkrise und Gewerkschaftsproteste prägten die EU im Jahr 2011 **Seite 11**

Kommentar: ÖGJ-Vorsitzender Jürgen Michlmayr zu antidemokratischen Tendenzen und Gegenstrategien **Seite 12**



GENUG BELASTET

Frauen sind im Arbeitsleben doppelt und dreifach belastet. **Seite 2**

www.oegb.at

ÖGB in Facebook vertreten

ÖGB ONLINE



Auf dem offiziellen Profil des Gewerkschaftsbundes sind u.a. aktuelle Informationen und Buchtipps verfügbar. Reagiert wird auf tagesaktuelle, gewerkschaftsbezogene Themen. Auf www.facebook.at/oegb.at den „Gefällt mir“-Button anklicken, dann erscheinen ÖGB-Updates automatisch im eigenen Facebook-Newsfeed.



editorial



Für die Menschen

Viele Worte wurden gefunden für die „Schuldenbremse“: Wachstumsbremse, Beschäftigungsbremse, Jobbremse, Wohlstandsbremse. Wenn mit der Schuldenbremse in der Verfassung starre Kennzahlen stehen, die politisches Handeln unmöglich machen, zum Beispiel in Krisen, dann treffen alle diese Worte zu.

Was die Schuldenbremse jedenfalls nicht bremsen wird können, sind die Ursachen, warum manche nun meinen wir bräuchten sie – und zwar gleich in der Verfassung: Eine Schuldenbremse regelt nicht die Finanzmärkte, sie bremst Spekulationen nicht ein und sie bremst nicht die Tendenz, dass einige wenige immer reicher werden und die große Mehrheit der Bevölkerung aller Länder weiterhin vor sich hin wurschteln muss. Natürlich soll man Schulden verringern, damit der Staat auch in Zukunft Geld hat, um seine Aufgaben zu erfüllen, und damit er auch weiterhin ein Sozialstaat sein kann, im besten Sinn des Wortes.

Man soll das aber tun, damit man gute und gerechte Politik für die Menschen machen und Ungleichheiten verringern kann – und nicht, um private, gewinnorientierte US-Ratingagenturen zu beruhigen.

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellern:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegl. **AutorInnen:** Florian Kräftner, Amela Muratović, Clemens Nechansky, Franz Fischill, Katja Dämmrich, Mag. Christian Resel, Milena Borovska, Sabrina Kainrad, Sonja Fercher. **Layout/Grafik/Bildredaktion:** Stephanie Guberner, Isabelle Cartoun. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Kastner. **Lektorat:** Renate Nebelaj-Neuber. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at WWW: http://www.oegb.at/soli

Für unverlangt eingesandene Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352
DVR-Nr.: 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE® InDesign CS erstellt.

ÖGB-Frauen: Erst Benachteiligungen bekämpfen

Gleiche Chancen nötig

Höheres Pensionsantrittsalter ändert nichts an bestehenden Ungleichheiten.

Später. Budgetsanierung auf Kosten der Frauen: Die Stimmen, dass Frauen später in Pension gehen sollen, mehren sich. Die ÖGB-Frauen lehnen die vorzeitige Angleichung des Pensionsantrittsalters für Frauen weiterhin ab. Ab 2019 (für vorzeitige Alterpension) und ab 2024 (reguläre) wird das Antrittsalter schrittweise erhöht – für ein früheres Anheben besteht überhaupt kein Grund. Dass das niedrigere Antrittsalter von Frauen 1992 gesetzlich verankert wurde, weil Frauen nicht die gleichen Einkommen und Chancen am Arbeitsmarkt wie Männer haben, vergisst man einfach. Auch, dass sich vergangene Pensionsreformen bereits stark – und zwar negativ – auf die Frauen-Pensionen auswirken.

Niedrige Pension

Frauen verbringen nach wie vor viel Zeit mit unbezahlter Arbeit im Haushalt oder bei den Kindern. Weniger und schlechter bezahlte Arbeit führt aber dazu, dass Frauen im Schnitt nur eine monatliche Pension von 786 Euro netto haben. Männer hingegen kommen auf 1.288 Euro. Der ÖGB-Frauenvorsitzenden Brigitte Ruprecht ist es daher



Frauen tragen ohnehin schon viele Lasten – Verschlechterungen durch raschere Angleichung des Pensionsantrittsalters sind nicht gerechtfertigt.

wichtig, dass zuerst die Nachteile für Frauen während des Arbeitslebens abgebaut werden. „Die Pensionshöhe kann nicht allein durch längeres Arbeiten ausgeglichen werden. Denn künftig werden 40 statt 15 Jahre Arbeit zur Berechnung der Pensionshöhe herangezogen, Teilzeit, Erziehungszeiten und Arbeitslosigkeit werden zusätzliche einschneidende finanzielle Nachteile bringen.“

Arbeit schaffen

Nicht nur Karenzzeiten müssen besser angerechnet, genügend Kinderbetreuungsplätze geschaffen und die Einkommensunterschiede reduziert werden. Auch Arbeitsplätze die ein langes, gesundes Arbeiten möglich machen, werden gebraucht. Derzeit hat nur ein Drittel der Frauen über 55 Jahren einen Arbeitsplatz, viele davon arbeiten Teilzeit. „Fehlende Arbeitsplätze, Altersdiskriminierung, krankheitsbedingtes Ausscheiden und geringe Frauenpensionen lösen wir nicht durch die gesetzliche Anhebung auf dem Papier, die Betriebe müssen auch ihren Beitrag leisten“, fordert Ruprecht. Weitere Informationen dazu gibt es online unter: www.oegb.at/frauen

Bildung: Zukunftsthema

Zehn nach zwölf

Der ÖGB fordert von der Regierung rasche Reformen im Bildungssystem.

Dauerthema. Seit Monaten ist Bildung immer wieder in aller Munde: schlechte PISA-Ergebnisse, überfüllte Hörsäle an Unis, Defizite bei Lehrlern... Das Bildungsvolksbegehren Anfang November brachte wieder Bewegung in die Diskussionen. Der ÖGB zeigte sich erfreut über den hohen Zuspruch: „Bildung ist das Schlüsselthema für die Zukunft der jungen Menschen und für die Wirtschaft des Landes“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Die Bundesregierung muss das Ergebnis des Volksbegehrens als dringenden Auftrag verstehen, rasch die nötigen Veränderungen und Verbesserungen im Bildungssystem anzugehen. Es ist nicht fünf vor zwölf, sondern bereits zehn nach zwölf.“

Chance

Schon 2007 haben die Sozialpartner gemeinsam Positionen für ein zukunftsfähiges Bildungssystem entwickelt – „Chance Bildung“.

Im Herbst 2010 – am Rande des traditionellen Sozialpartnerdialogs in Bad Ischl – haben die Sozialpartner die Bundesregierung eingeladen, mit ihnen gemeinsam konkrete Vorschläge für ein ganzheitliches, vernetztes und zukunftsorientiertes Bildungssystem zu erarbeiten und rasch umzusetzen.

Talente fördern

Die Sozialpartner waren sich dabei einig, dass es für die Beschäftigten und für den Wirtschaftsstandort Österreich ganz entscheidend sei, das Potenzial und die Talente aller in Österreich lebenden jungen Menschen bestmöglich zur Entfaltung zu bringen. Daraus entstand der „Bildungsdialog“ – ein regelmäßiges Treffen der Sozialpartner mit den für Bildung zuständigen MinisterInnen (siehe Kasten). Im Jänner wird es beim Bildungsdialog hauptsächlich um das Thema duale Berufsausbildung, also Lehrlingsausbildung, gehen. Wel-

che Verbesserungen braucht es bei den Unternehmen, in den Berufsschulen und in den Schulen, aus denen die künftigen Lehrlinge kommen?



BILDUNGSDIALOG

19. Oktober 2010:

Sozialpartnerdialog in Bad Ischl: Idee und Forderung zu einem Bildungsdialog mit Sozialpartnern auf Basis des Sozialpartnerkonzepts „Chance Bildung“ aus 2007.

2. Februar 2011:

1. Bildungsdialog: Sozialpartnerpräsidenten, IV, Ministerinnen Schmied und Karl; Themenschwerpunkt: Bildungssystem gesamt.

28. Juni 2011:

2. Bildungsdialog: Sozialpartnerpräsidenten, IV, Ministerinnen Schmied und Töchterle; Themenschwerpunkt: Hochschulen.

Jänner 2012:

in Planung, 3. Bildungsdialog: Sozialpartnerpräsidenten, MinisterInnen Schmied, Töchterle, Hundstorfer, Mitterlehner; Themenschwerpunkt: berufliche Bildung.

Info: Standpunkte des ÖGB zum Bildungsthema gibt's auf www.bildunggehtweiter.at Das Sozialpartnerkonzept „Chance Bildung“ gibt's auf www.sozialpartner.at



2011: Arbeitsmarktöffnung, Pensionen, Schuldenbremse

Viel geschafft

Krisenbewältigung auch 2011 – für ÖGB hieß es weiterhin FAIR TEILEN.

Erfolg. Der Jahresbeginn 2011 brachte die vollständige Einführung der vom ÖGB lange geforderten Vereinheitlichung der Sozialhilfen aller Bundesländer – die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Sie enthält einen weiteren Punkt, den der ÖGB gefordert hatte: die Verknüpfung der Mindestsicherung mit Aktivierung der Betroffenen für den Arbeitsmarkt. Mit der Mindestsicherung haben 14.000 Menschen vollversicherte Arbeitsverhältnisse aufgenommen. Ein Kritikpunkt des ÖGB bleibt aufrecht: In einigen Bundesländern wurden im Zusammenhang mit der Mindestsicherung Regressregelungen eingeführt. „Mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung ist ein wichtiger

Schritt zur Bekämpfung und Vermeidung von Armut gelungen, weil sie sehr stark darauf abzielt, Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar.

Offengelegt

Im März 2011 trat der Nationale Aktionsplan Gleichbehandlung in Kraft, der auch Einkommensberichte enthält. Firmen ab bestimmten Größen (später alle) müssen die Einkommen ihrer MitarbeiterInnen in anonymer Form nach Männern und Frauen getrennt erheben und einen Bericht verfassen. Mit diesen Zahlen als Basis soll Einkommensunterschieden und ihren Ursachen auf den Grund gegangen werden – und sie sollen so schneller beseitigt werden. Der ÖGB hat BetriebsrätInnen beraten, was die Regelung genau enthält und worauf sie bei der Umsetzung achten sollen. „Die Berichte sind ein gutes Instrument, müssen aber praxistauglicher werden“, sagte ÖGB-Frauvorsitzende Brigitte Ruprecht nach ersten Erfahrungen.

Schrankenlos
Seit Mai 2011 dürfen ArbeitnehmerInnen aus acht weiteren EU-Ländern uneingeschränkt in Österreich arbeiten. Der ÖGB hatte sich im Vorfeld für ein Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping stark gemacht, die Sozialpartner haben einen Entwurf erarbeitet, die Regierung hat ihn umgesetzt. Damit

ist es für Firmen erstmals strafbar, ihren Beschäftigten weniger als den Mindestlohn, der im Kollektivvertrag vorgesehen ist, zu bezahlen. Natürlich gilt das für alle Beschäftigten, inwie ausländische. Der prophezeite Ansturm blieb aus, knapp unter 20.000 Menschen aus den Nachbarstaaten kamen zu uns. An vorderster Stelle bei der Kontrolle ist die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse. Kontrollen brachten Verstöße zutage, die – dank Gesetz – nun auch bestraft werden konnten. Der größte Verstoß wurde bis dato in Tirol festgestellt, mit unglaublichen 82 Prozent. Josef Muchitsch, ab Jänner geschäftsführender Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz: „Wir werden weiterhin bei Verdacht auf unfairen Wettbewerb genau hinschauen. Lohn- und Sozialdumping gefährdet die Existenz der ArbeitnehmerInnen.“

Arbeit haben

Im Oktober haben die Sozialpartner Vorschläge vorgelegt, wie das tatsächliche Pensionsantrittsalter erhöht werden kann. Denn zu viele Menschen sind zu krank, um bis zur gesetzlichen Pension zu arbeiten oder haben keine Jobs mehr. Arbeit haben und arbeiten können war das Motto des ÖGB. Die Firmen müssen mehr für gesunde Arbeitsplätze tun, und es gilt der Grundsatz Rehabilitation vor Pension.

Bildung

Neue Mittelschule, Ganztagschule, ... im Bildungsbereich wurde 2011 einiges auf Schiene gebracht. Ein wichtiger Impuls war das Bildungsvolksbegehren Anfang November, das die Dringlichkeit von Reformen unterstrich (mehr auf Seite 2).

Freie Dienstnehmerinnen:

UNFAIR

In Österreich gibt es rund 11.000 freie Dienstnehmerinnen. „Frei“ klingt schön, bringt aber viele Nachteile. Für freie Dienstnehmerinnen gelten die Bestimmungen des Mutter-schutzes (Kündigungs- und Entlassungsschutz, Überstundenverbot, Rückkehrrecht, Verbot von Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit) nicht. „Damit geraten freie Dienstnehmerinnen durch eine Schwangerschaft noch tiefer in die Falle. Mutterschutz muss für alle un-selbstständig Beschäftigten gleichermaßen gelten“, fordert Andrea Schober von der GPA-djp-Interessengemeinschaft work@flex. Indirekt ergeben sich noch weitere Benachteiligungen: Angestellte bzw. Arbeiterinnen haben in der Schwangerschaft das Recht, ärztliche Untersuchungen in der Arbeitszeit zu machen oder Pausen einzulegen. Auf der Website der GPA-djp kann die Forderung nach Einbeziehung der freien Dienstnehmerinnen in den Mutterschutz per Online-Petition unterstützt werden. www.gpa-djp.at/flex

Kakaoproduktion:

Wirklich FAIR

In der Kakaoproduktion sind weltweit etwa 14 Millionen ArbeiterInnen beschäftigt. Nur fünf Konzerne beherrschen 60 Prozent des Weltmarktes. Preisdumping ist die Folge, die Umwelt und die schwächsten der Produktionskette – meist Kleinbauern in armen Ländern – bleiben auf der Strecke. „Milchschokoladetafeln zu einem Dumpingpreis von 25 Cent können nur Ausbeutung von Umwelt und Menschen in den Produktionsstätten bedeuten. Diese ‚Geiz ist geil‘-Mentalität ist unerträglich“, so Gerhard Riess, zuständiger Sekretär der PRO-GE. Gemeinsam mit Greenpeace, Südwind und dem VKI macht die PRO-GE auf die Zustände in der Produktion unserer Schokonikoläuse & Co. aufmerksam – und nennt wirklich faire Gütesiegel. www.proge.at

Schulden: Bremse ändert nichts

Kein Betriebsunfall

ÖGB will soziale Grundrechte in der Verfassung verankern.

Eine Schuldenbremse – festgeschrieben in der Österreichischen Verfassung – soll die Schuldenkrise und das Budgetdefizit in den Griff bekommen. Die jetzige Budgetkrise ist eine Folge der Finanzkrise 2008 und 2009 – und keine Folge von verantwortungsloser Budgetpolitik. Die Finanz- und Wirtschaftskrisen haben die Schulden gesteigert. Konjunktur- und Bankenpakete und weniger Staatseinnahmen während der Krise haben die Schulden zusätzlich wachsen lassen.

Schäden

Die Finanzkrise war kein Betriebsunfall, sie hat einmal mehr gezeigt, dass Finanzmärkte,

die nicht ausreichend reguliert sind, systematisch zur Instabilität neigen und schwere realwirtschaftliche Schäden anrichten können. Um die Staatsverschuldung zu bremsen, müssen daher die wahren Schuldentreiber bekämpft werden, eine Schuldenbremse wird dabei nicht helfen.

Spielraum

Der ÖGB bekennt sich nach wie vor dazu, die Staatsschulden nachhaltig abzubauen, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Das kann aber sowohl mit effizienter Ausgabenpolitik als auch mit neuen Einnahmen erreicht werden. Dabei muss es Spielraum geben,

um in Krisen gegensteuern zu können, Wachstum und Beschäftigung dürfen nicht gefährdet werden, und es muss beim Schuldenabbau auch neue Einnahmen geben (z. B. Vermögenssteuer, Finanztransaktionssteuer, Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung).

Grundrechte

Der Schuldenbremse steht der ÖGB skeptisch bis ablehnend gegenüber, weil diese auch als Vorwand für Kürzungen im Sozialsystem verwendet werden könnte. Wichtiger als die Schuldenbremse im Verfassungsrang ist es daher für den ÖGB, soziale Grundrechte endlich in der Verfassung zu verankern.



Adressänderungen:

Tel. 01/534 44-39100

Montag-Donnerstag 8-16.30 Uhr,
Freitag 8-12 Uhr.

Oder unter www.oegb.at

i-move.at

Arbeitswelt:

Keine Gewalt

Gewalt am Arbeitsplatz ist nach wie vor ein Problem, von dem besonders Frauen betroffen sind, sagte vidad-Frauenvorsitzende Elisabeth Vondrasek zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen Ende November. Rund um diesen Tag finden weltweit Aktionen im Rahmen der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ statt. Gewerkschaften fordern die Verankerung verbindlicher Leitlinien gegen Gewalt und sexuelle Belästigung in den Betrieben. „Solche Vorfälle dürfen nicht als harmlos abgetan werden. Präventionsmaßnahmen in den Betrieben und gesetzlicher Schutz sind deshalb notwendig“, sagte Vondrasek. Dafür ist es höchste Zeit, denn das Verharmlosen von Gewalt im Job ist auch in Österreichs Betrieben noch weit verbreitet. Unter den Teppich kehren und Ignorieren dieses Problems ist keine Lösung. Erschreckend dabei: Laut einer EU-weiten Erhebung erachten mehr als 80 Prozent der österreichischen Arbeitgeber Gewalt und Mobbing als „kein Thema in ihrem Betrieb“.

Vergleichen:

Zufriedenheit

Die Europaabgeordnete Evelyn Regner will Bewegung in die Diskussion bringen, auch die Arbeitszufriedenheit EU-weit zu erfassen. „Mir geht es darum, eine vergleichbare europaweite Basis zu schaffen. Studien über die Arbeitszufriedenheit nehmen ökonomische Veränderungen rascher wahr“, so Regner. Sie verweist dazu auf die Arbeiterkammer Oberösterreich, die mit dem Arbeitsklima-Index die Arbeitszufriedenheit der unselbstständig Beschäftigten misst. Regner nennt ähnliche Beispiele in der EU: „Mit dem ‚Index Gute Arbeit‘ in Deutschland und der ‚European Working Quality Survey‘ von Eurofound gibt es vergleichbare Instrumente. In Luxemburg wird 2012 ein Arbeitsklima-Index eingeführt. Jetzt geht es darum, für alle 27 EU-Staaten einheitliche Standards zu schaffen. In Zeiten, in denen das Bruttoinlandsprodukt als Messwert für wirtschaftliche Entwicklung immer mehr kritisiert wird, sollte die EU sich mehr dafür interessieren, wie es den Beschäftigten tatsächlich geht.“

Gewerkschaft: Lohn- und Gehaltserhöhungen

Nicht vom Himmel ...

Höhere Löhne und Gehälter stützen die Kaufkraft und stabilisieren die Wirtschaft.

2011 haben die Gewerkschaften über 400 Lohn- und Gehaltsverhandlungen geführt haben. Nicht nur die Inflation soll ausgeglichen werden, auch die Produktivitätssteigerung wird bei den Verhandlungen einbezogen. „Verantwortung heißt für die Gewerkschaften vor allem, den Lebensstandard der Menschen auszubauen und ihre Kaufkraft zu stärken“, so ÖGB-Präsident Erich Foglar, denn „gute Lohnerhöhungen sind volkswirtschaftlich sinnvoll, die Kaufkraft wird die wesentliche Stütze der Konjunktur bleiben, wenn der Abschwung eintritt.“

Richtungsweisend

Der Kollektivvertrag in der Metallindustrie hat für andere Lohnabschlüsse eine maßgebende Funktion. Im Jahr 2011 ist es gelungen, den Ist-Lohn der Metallindustrie und des Bergbaus um 4,0 bis 5,3 Prozent zu erhöhen. „Die Aktivitäten haben das nötige Tempo in die Verhandlungen gebracht, und die Sozialpartnerschaft hat schlussendlich funktioniert“, sagt Foglar zu den Warnstreiks im Oktober. Foglar sieht die



In der Metallindustrie gab es 2011 Streiks für gute Lohn- und Gehaltserhöhungen.

starke Anhebung bei den unteren Einkommen als Impuls für die Nachfrage, denn „bei Niedrigverdienern und Niedrigverdienerinnen fließt fast das gesamte Einkommen in den Konsum“.

Sichere schließen

„Der Lohnabschluss in der Metallindustrie ist ein wesentlicher Beitrag zur Schließung der Einkommensschere“, sagt Renate Anderl, PRO-GE-Bundesfrauenvorsitzende, denn die Mehrzahl der NiedrigverdienerInnen sind Frauen. Die Staffellung, gemeinsam mit der verbes-

serten Anrechnung von Karenzzeiten, soll dem entgegenwirken. Ein Modell, das sich in anderen Branchen fortsetzen soll.

Quantensprung im Handel

Die Fortsetzung fand bei den Verhandlungen für 520.000 Angestellte im Handel statt. Neben der Erhöhung der Gehälter - sie steigen um bis zu 3,85 Prozent - wurde auch hier die Anrechnung der Karenzzeiten vereinbart. „Das ist insbesondere für jüngere weibliche Angestellte ein wahrer Quantensprung“, erklärt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck,

Journalismus, Papier (GPA-djp) Wolfgang Katzian.

Viele Branchen

Öffentlicher Dienst, Sozialberufe, ... in vielen Branchen stehen noch Verhandlungen an. Für alle gilt: Die Lohn- und Gehaltserhöhungen fallen nicht vom Himmel, sondern die Gewerkschaften führen Jahr für Jahr harte Verhandlungen - die umso besser ausfallen, je mehr Mitglieder die Gewerkschaften stark machen.

Webtipp: www.oegb.at/anmelden

Milena Borovska

Sonderzahlungen: In Kollektivverträgen geregelt

... das Weihnachtsgeld

In den 1950er-Jahren haben Gewerkschaften Weihnachts- und Urlaubsgeld durchgesetzt.



GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian (Mitte) bei der Präsentation einer Umfrage, u. a. zum Thema Weihnachtsgeld.

Dass sich Kinder, Verwandte und Freunde zu Weihnachten über Geschenke oder Urlaube freuen können, dazu leistet das Weihnachtsgeld seinen Beitrag. Dass diese Sonderzahlung aber keine gesetzlich verankerte Selbstverständlichkeit, sondern ein von Gewerkschaften hart erkämpftes Recht ist, darüber wissen noch nicht alle BezieherInnen Bescheid. Laut einer Studie des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) glauben 40 Prozent der Befragten, dass das Weihnachtsgeld aufgrund eines

Bundesgesetzes ausbezahlt wird. 47 Prozent wissen, dass die Zahlung in den Kollektivverträgen verankert ist.

Unverzichtbar

Laut IFES-Studie stellt das Weihnachtsgeld für 59 Prozent einen unverzichtbaren Bestandteil der finanziellen Planung des Haushalts dar und wird vor allem für besondere Anschaffungen verwendet. 25 Prozent verwenden die Sonderzahlung auch zum Abdecken von Schulden und

Kontoüberziehungen. Um in Erinnerung zu rufen, dass das Weihnachtsgeld nicht vom Himmel gefallen ist, sondern in den 50er-Jahren von den Gewerkschaften durchgesetzt wurde, hat die GPA-djp Mitte November Aktionswochen in Betrieben organisiert.

ÖGJ-Kampagne

Um die Beschäftigten über die Bedeutung und Hintergründe der Sonderzahlung zu informieren, ist auch die Österreichische Gewerkschaftsjugend

(ÖGJ) aktiv. Die JunggewerkschafterInnen klären mit ihrer Kampagne „Kein Packerl im Sackerl“ darüber auf, dass weder Weihnachtsmann noch Christkind - und auch nicht die Regierung - für das Zusatzgeld verantwortlich sind. Die ÖGJ war ebenfalls mit einer Aktionswoche österreichweit präsent und verteilte Flyer, Adventskalender und veranstaltete ein Gewinnspiel (mehr auf www.oegj.at) zum Thema.

Clemens Nechansky



Integration: Anker

Es geht nur miteinander

44 Nationen in einem Betrieb. Sie teilen sich Arbeitsplatz und Pausenraum – ohne Konflikte. Ein Lokalausgänger.

Vanille, Zimt, Schokolade, Orange – betritt man die oberste Etage der Produktionshalle bei Ankerbrot, umhüllt einen ein angenehmer Geruch. Sich auf einen Duft festzulegen ist unmöglich, schließlich werden in der Halle Topfengolatschen, Schokocroissants, Muffins und viele andere bekannte süße Leckereien von Anker hergestellt.

Arbeitsaufteilung

In riesigen Maschinen wird der Teig vorbereitet, ein/e MitarbeiterIn sorgt für die richtige Menge an Zutaten, während sich die anderen MitarbeiterInnen bereits für die Endfertigung des jeweiligen Produkts vorbereiten. Der Arbeitsplatz wird sauber gemacht, und dann werden die Topfengolatschen händisch gefaltet, bevor sie in den Ofen kommen. Nur einige Meter entfernt wird alles für die Zubereitung von Schokomuffins vorbereitet. Auch die Jüngsten auf der Etage erledigen ihre Arbeit mit Sorgfalt: Mithilfe eines Kollegen kümmern sich drei Lehrlinge um die Mini-Marzipanstollen. Es herrscht gerechte Aufgabenverteilung: Ein Lehrling bedient die Maschine, einer streut den Zucker und einer verteilt das Weihnachtsgebäck auf dem Blech. „Meine erste Lehrstelle als Koch hab ich aufgegeben. Die Arbeitszeiten waren sehr hart. Hier fühle ich mich wohl“, sagt Bojan Obradovic, der aus Serbien stammt.

44 Nationen

Die Wiener Brot- und Gebäckfabrik „Ankerbrot“ feierte dieses Jahr ihr 120-jähriges Jubiläum. Das Unternehmen betreibt rund 160 Filialen im Raum Wien und ist somit der größte Bäckereifilialist Österreichs. Das Traditionsunternehmen beschäftigt derzeit rund 1.800 MitarbeiterInnen aus 44 Nationen. „Neben Hygiene und Sauberkeit, die in diesem Geschäft



Mark Smith



Bojan Obradovic

Bei Anker gibt es „Gute Zeiten“, aber auch „Schlechte Zeiten“, doch die Beschäftigten sind mit ihrer Tätigkeit zufrieden. Anker beschäftigt außerdem rund 100 Menschen mit Behinderung, die in den gesamten Schichtablauf eingebunden sind. „Das ist auch Integration“, sagt der Betriebsrat Werner Tauchner.



Nadja Riegler



Anton Geigant

an erster Stelle liegen, hat bei uns die Integration einen sehr hohen Stellenwert“, erzählt Werner Tauchner, Betriebsrat bei Ankerbrot. Da der Anteil der Beschäftigten aus fremden Ländern sehr hoch ist, sind diese auch im Betriebsrat vertreten, aber es gibt auch AbteilungsleiterInnen, die aus Serbien oder der Türkei stammen. „Jeder hat eine Chance, die er – wenn er will – nützen kann. Es wird auf die Qualität der Arbeit, Wissen und Lernbereitschaft geachtet, und nicht, woher eine Person stammt“, sagt Tauchner. Weiters meint der Betriebsrat, dass

ein Unternehmen ohne seine MitarbeiterInnen nicht funktionieren kann und betont die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung. „Jeder Mensch hat seine Höhen und Tiefen – auch unsere KollegInnen. Wir versuchen bei Sorgen zu helfen. Bei Verständigungsproblemen sind unsere Betriebsräte vor Ort, um zu dolmetschen. Das alles funktioniert nur, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen – von der Chefetage bis hin zum einfachen Mitarbeiter.“ Die Frauenquote im Unternehmen Anker ist sehr hoch. „Frauen haben bei manchen



Werner Tauchner

»Unklarheiten werden gleich angesprochen, damit Konflikte erst gar nicht entstehen.«

Betriebsrat Werner Tauchner

Tätigkeiten einfach mehr Gefühl. Etwa beim Flechten des Riesenstriezels“, sagt der Betriebsrat. „Ich bin seit 25 Jahren bei Anker und will auch hier bleiben. Man gewöhnt sich an die KollegInnen, auch die Kommunikation mit dem Betriebsrat und den Vorgesetzten ist gut. Ungern arbeite ich in der Nachtschicht, ganz einfach wird auch dieses ‚Problem‘ vom Betriebsrat gelöst“, erzählt Ljiljana Petraskovic. Auch ist sich Ankerbrot seiner

sozialen Verantwortung als Arbeitgeber sehr bewusst. So stellt das Unternehmen für MitarbeiterInnen, die unschuldig in eine Notsituation geraten sind, im Projekt „RettungsANKER“ eine kostenlose Wohnmöglichkeit zur Verfügung. Die Wohnung steht für maximal drei Monate zur Verfügung. „Die Beschäftigten sind das Rückgrat unseres Unternehmens. Diese Unterstützung gibt Anker in Form des Projekts zurück. Das setzt dort an, wo sich Lebenssituationen ergeben, aus denen sich Personen aus eigener Kraft nicht mehr befreien können“, sagt Peter Ostendorf von Ankerbrot.

Amela Muratović

Arbeitsplatz: Mobbing nimmt zu

Hilfe im Ernstfall

ÖGB und AK fordern ein Anti-Mobbing-Gesetz. Für Betroffene bietet der ÖGB kostenlose Mobbingberatung an.

Mobbingfälle am Arbeitsplatz haben deutlich zugenommen, der ÖGB bietet dagegen Mobbingberatungen in allen Bundesländern. In Wien hilft ÖGB-Mobbingberaterin Ilse Reichart im Ernstfall. Um Mobbing einzudämmen, müssen Betriebsräte und Arbeitgeber für das Thema sensibilisiert werden. Schikane und Angriffe auf eine Person oder Gruppe können dann als Mobbing bezeichnet

werden, wenn sie systematisch und wiederholt vorkommen. Um diese Schikane nachweisen zu können, empfiehlt sich die Führung eines „Mobbing-Tagebuchs“, in dem Zeitpunkt und Art der Schikane eingetragen werden.

Leider wird oft erst dann Hilfe gerufen, wenn Feuer am Dach ist. „Wenn eine Person im Betrieb gemobbt wird, wird das Arbeiten zur Qual. Monatelan-

Ilse Reichart:
„Rechtzeitig bei BeraterInnen melden, nicht erst wenn der Hut brennt.“



© ÖGB

WEITBLICK BEWEISEN.
Das macht einen verlässlichen Partner aus.



Niemand weiß, was die Zukunft bringt. Die Wiener Städtische ist für Sie da und zeigt Ihnen, was Sie heute tun können, damit es Ihnen auch morgen gut geht. Nähere Infos unter 050 350 350, auf www.wienerstaedtische.at oder bei Ihrem Berater.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

ge Krankenstände und sogar der Verlust des Arbeitsplatzes können die Folge sein“, weiß die Mobbingberaterin. Oberstes Ziel der ÖGB-MobbingberaterInnen ist daher, dass es gar nicht zum Schlimmsten kommt. Mobbingbetroffene sollten daher so rasch als möglich Hilfe suchen, beim Betriebsrat oder bei der Gewerkschaft. Auf Anfrage kommen sie in die Betriebe und informieren. Reichart: „Mobbing soll in den Betrieben thematisiert werden. Die negativen Folgen müssen sowohl Führungskräften als auch der Belegschaft bewusst sein. Denn nur, wenn alle im Betrieb eine klare und eindeutige Gegenposition beziehen, kann Mobbing eingedämmt werden.“

Hilfeleistung

Die Beratungsstellen des ÖGB und der Gewerkschaften bieten Betroffenen persönliche Mobbingberatung und vermitteln bei Bedarf psychologische bzw. arbeitsrechtliche Beratung. Neben der arbeitsrechtlichen Unterstützung können ÖGB-Mitglieder, die Mobbingopfer werden, auch psychologische Beratung in Anspruch nehmen. Weiters werden im Rahmen des ÖGB-Berufsschutzes für Mobbingberatung jährlich bis zu maximal 350 Euro für Beratungskosten (Rechtsberatung, Psychotherapie) erstattet.

Anti-Mobbing-Gesetz

Dass Mobbing immer mehr zum Thema wird, liegt an vielen negativen Entwicklungen der Arbeitswelt. „Das Klima in den Betrieben wird rauer, aber auch chronische Unterbesetzung lassen den Druck innerhalb der Kollegenschaft steigen“, so Reichart. Um Mobbing besser begegnen zu können, fordern ÖGB und AK ein „Anti-Mobbing-Gesetz.“

Namen von Ansprechpersonen in allen Bundesländern und weiteres Informationsmaterial zum Thema erhalten Sie im ÖGB-Servicecenter: Tel. (01) 534 44-39100 oder servicecenter@oegb.at

Tourismus/Friseure: Lehrlingsmangel

Umdenken notwendig

Statt über faule Lehrlinge zu meckern, fordert die ÖGJ eine Qualitätsoffensive in der Ausbildung.

Wieder einmal nörgeln verschiedene Branchen über zu wenige LehrstellenbewerberInnen und das gesunkene Bildungsniveau der Jugendlichen. Allen voran die Tourismusbranche, die Friseur-Innung, die Tischler und die Gastronomie. Dass Umstände wie unattraktive Arbeitsbedingungen und niedrige Entlohnung nicht gerade zu einem Run auf besagte Branchen führen, scheint die Verantwortlichen wenig zu kümmern.

Umfrageergebnisse

Die Wirtschaftskammer Wien bemängelt laut einer Untersuchung die gesunkenen oder fehlenden Qualifikationen wie soziale Kompetenz und logisches Denken. Dass es aber vielen Arbeitgebern auf andere Fähigkeiten ankommt, belegt eine Studie. Hier führen die befragten Lehrbetriebe das persönliche Interesse am Beruf als wichtigste Qualifikation an. Gleich danach kommen Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit sowie Arbeitsmotivation, Genauigkeit und Sorgfalt. Auf der ArbeitnehmerInnenseite zeigen Umfragen die teils widrigen Bedingungen zum Beispiel in der Tourismusbranche auf: Verstöße gegen Arbeitszeitbestimmungen, Missachtung der Abend- und Nachtruhe, unzulässige Über-



Das Interesse am Beruf ist für viele Betriebe am wichtigsten.

stunden und das Einsetzen zu berufsfremden Hilfsdiensten.

Niedrige Löhne

„Statt laufend über das angeblich gesunkene Bildungsniveau der Jugendlichen herzu ziehen, sollte man sich im Tourismus fragen, warum kaum jemand hier eine Lehre beginnen will“, sagt Thomas Stöger, Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft vida. Die niedrigen Lehrlings-

entschädigungen tragen auch nicht zur Lösung der Problematik bei. Friseurlehrlinge erhalten 353 Euro pro Monat im ersten, 619 Euro im dritten Lehrjahr. Auch die Internatskosten müssen BerufsschülerInnen oft selbst tragen. Gerade bei den Friseuren sind aber die offenen Lehrstellen unverständlich. Laut Daten des AMS vom Oktober 2011 gibt es österreichweit 367 offene

Lehrstellen bei 397 arbeitslosen Jugendlichen, die eine Friseur-Lehrstelle suchen. Die Friseurbranche gilt als absolute Niedriglohnbranche.

Qualitätsoffensive

„Viel verlangen, wenig bezahlen, dieses Denken muss abgelegt werden. Die Anforderungen an die Jungen nehmen laufend zu. Ihre Leistung muss anständig entlohnt werden“, so Willibald Steinkellner, stellvertretender vida-Vorsitzender. Um die vorhandenen Probleme zu lösen, fordert die Österreichische Gewerkschaftsjugend eine Qualitätsoffensive in der Lehrlingsausbildung und einen Ausbildungsfonds. „Die Jugendlichen brauchen ein Gesamtsystem für eine Lehrlingsförderung, die voll auf Qualität setzt“, fordert Jürgen Michlmayr, ÖGJ-Vorsitzender. „Wir brauchen einen Ausbildungsfonds, in den Betriebe einzahlen, die nicht ausbilden, obwohl sie es könnten, und aus dem Betriebe, die ordentlich und hochwertig ausbilden, Förderungen erhalten“, so Michlmayr. Auch der Studienzugang mit erfolgreicher Lehrabschlussprüfung soll möglich werden.

Clemens Nechansky

Schuldenkrise:

Falscher Weg

Auf den falschen Weg begibt sich die Europäische Union mit dem neuen „Six-Pack“-Gesetzespaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung laut Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), bei einer Podiumsdiskussion Ende November in Wien. Mit den neuen Bestimmungen steigt der Druck auf Löhne, Arbeitsmärkte und Sozialsysteme. „Die Löhne sind aber nicht der Feind der Wirtschaft, sie sind ihr Motor“, so Ségol. In die gleiche Kerbe schlägt ÖGB-Präsident Erich Foglar: „Das Finanzsystem hat die Realwirtschaft total an die Wand gespielt, und das wirkt sich natürlich auf die Löhne aus. Wir müssen die Kaufkraft stärken, und die Finanzindustrie zurückdrängen.“ Das „Six-Pack“ enthält neue Mechanismen zur Bekämpfung makroökonomischer Ungleichgewichte der Mitgliedsstaaten und stellt auf Wettbewerbsfähigkeit, Preis- und Kostenentwicklungen ab. Staaten kommen unter Druck, über Kostensenkungen (niedrigere Löhne und Deregulierung) „wettbewerbsfähiger“ zu werden.

Arbeitslosigkeit:

Im Steigen

Die Arbeitslosigkeit in Österreich nimmt weiter zu. Ende November waren 321.373 Personen inklusive SchulungsteilnehmerInnen arbeitslos gemeldet, das sind 3,7 Prozent mehr als im November 2010. „Wir werden darauf drängen, dass die aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten nicht durch Belastungspakete und Einschnitte, die die Kaufkraft verringern, konterkariert wird“, sagt ÖGB-Arbeitsmarktsprecher und vida-Vorsitzender Rudolf Kaska. Die Gewerkschaft begrüßt das neu erarbeitete Maßnahmenpaket des Sozial- und Wirtschaftsministeriums, das vom Jobcoaching für Jugendliche über die Verstärkung der Qualifizierungsmaßnahmen für WiedereinsteigerInnen bis zur besseren Anrechnung von Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, alles beinhaltet. „Zusätzlich aber braucht es Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche, die Beschäftigung schaffen und für die Bevölkerung wichtig sind, wie den Ausbau des Pflege- und Betreuungssangebotes“, verlangt Kaska.

Protest: Burschenschaftlerball

Kein Platz für Rechte

Jänner: Gedenken gegen Faschismus und Rechtsradikalismus in Wien.

Am 27. Jänner 1945 befreite die Rote Armee die letzten verbliebenen Gefangenen des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Im Jahr 2005 erklärte die UNO-Generalversammlung den 27. Jänner zum Internationalen Holocaustgedenktag. Am 27. Jänner 2012 wird in der Wiener Hofburg ein Ball stattfinden, der die Creme de la Creme der Rechten Europas versammelt.

Tummelplatz

Den Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) gibt es schon seit 1952. Der WKR ist ein Zusammenschluss von deutschen nationalen Verbindungen, dominant sind Burschenschaften wie die „Olympia“, ihr prominentestes Mitglied ist Martin Graf, Dritter Nationalratspräsident. „Mit dem WKR-Ball verfügt die FPÖ in ihrem unmittelbaren (burschenschaftlichen) Vorfeld über ein gesellschaftliches Ereignis, das als das größte und



etablierteste dieser Art in Europa bezeichnet werden kann“, schreibt Heribert Schiedel vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW). „Und so wurde der WKR-Ball in den vergangenen Jahren zunehmend als festliches und repräsentatives Rahmenprogramm für die Treffen der Euro-Rechten genutzt.“ Unter anderen prominenten Rechten waren laut DÖW auch Jean

Marie Le Pen (Anführer des Front National) und Philip Dewinter (Vorsitzender des rechten Vlaams Belang) zu Gast.

ÖGB-Werte leben

In den vergangenen Jahren gab es massive Proteste gegen den Ball der Rechten in Prunkräumen der Republik. 2012 stehen die Proteste im Zeichen des Holocaust-Gedenktages, der mit dem Tag des Balls zusammenfällt.

„Wir wenden uns entschieden gegen jede Art von Diskriminierung, Faschismus, Rassismus und Diktatur“ – heißt es im Mission-Statement des ÖGB. „Das ist nicht nur ein Statement“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. „Wir leben unsere Werte, daher wird der ÖGB, gemeinsam mit den anderen antifaschistischen Gruppen im Jänner ein deutlich sichtbares Zeichen setzen.“ ÖGB, Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugend werden in einem Netzwerk mit der Israelitischen Kultusgemeinde, der HochschülerInnenschaft, SOS Mitmensch, dem Mauthausenkomitee und vielen anderen das Motto „Niemals vergessen“ in den Vordergrund stellen. Kurz vor Druck der „Solidarität“ hat die Betreibergesellschaft der Hofburg offenbar entschieden, dem WKR die Räume für den Ball künftig nicht mehr zu vermieten. Ob er im Jänner 2012 noch abgesagt wird, war offen.

Pensionserhöhung: Generationengerecht

Mehr für kleine Pensionen

Die Kaufkraft der PensionistInnen in schwieriger Wirtschaftslage erhalten.

Erfolg. „Wir konnten die Kaufkraft der PensionistInnen in einer schwierigen Wirtschaftslage erhalten. Das ist ein Erfolg mit Augenmaß“, stellte der Vorsitzende der ÖGB-PensionistInnen, Werner Thum, zum Ergebnis der Pensionsverhandlungen fest und fügte hinzu: „Dieses Ergebnis ist auch generationengerecht, da die teilweise Wiedereinführung des Alleinverdienerabsetzbetrages durch die geringere Anhebung der hohen Pensionen finanziert wird und das laufende Budget nicht belastet. Wir haben damit ein hohes Maß an Verantwortung bewiesen.“

Erfreulich

Besonders erfreulich sei, so der Vorsitzende der ÖGB-PensionistInnen, dass für Pensionen bis 1.750 Euro brutto wieder der Alleinverdienerabsetzbetrag geltend gemacht werden kann. Thum: „Das bringt vor allem für kleinere Pensionen eine zusätzliche Anhebung.“ Gegen die Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages haben rund ein Jahr lang die ÖGB-PensionistInnen ge-

meinsam mit den anderen PensionistInnenorganisationen gekämpft. In zahlreichen Aktionen und Resolutionen wurde immer wieder aufgezeigt, dass diese Maßnahmen vor allem für BezieherInnen von kleinen und mittleren Pensionen erhebliche Einbußen und damit einen Kaufkraftverlust gebracht haben.

Staffelung

Alle Pensionen bis zu einem Betrag von 3.300 Euro brutto werden voll mit 2,7 Prozent angepasst. Darüber hinaus bis zu einem Betrag von 5.940 Euro reduziert sich der Prozentsatz gleitend auf 1,5 Prozent. Für Pensionen über 5.940 Euro gelten ebenfalls 1,5 Prozent. Durch diese Einigung erhalten fast 99 Prozent aller PensionsbezieherInnen, die volle Erhöhung ihrer Pension um 2,7 Prozent. Im ASVG-Bereich sind das alle Pensionsbezie-

»Das Ergebnis ist generationengerecht und stärkt die Kaufkraft.«

Werner Thum



Die teilweise Wiedereinführung des Alleinverdienerabsetzbetrages wurde durch die geringere Anhebung der hohen Pensionen finanziert.

herInnen, beim öffentlichen Dienst sind es fast 90 Prozent der BezieherInnen.

Teilweise Rücknahme

Die Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages (AVAB) mit 1. Jänner 2011 hat bei den betroffenen Pensionisten und Pensionistinnen einen ungeheuren Proteststurm hervorge-

rufen. Nachdem auch der Verfassungsgerichtshof entschieden hat, dass die Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages verfassungskonform ist, wurde auch darüber verhandelt. Und dabei konnte erreicht werden, dass vor allem für die kleineren Pensionen, das sind in diesem Fall Pensionen bis zu 1.750 Euro wieder der Ab-

setzbetrag gewährt wird. Durch diese Streichung des Alleinverdienerabsetzbetrages kam es bei der Berücksichtigung von Sonderausgaben zu Benachteiligungen. Auch hier wurde zugesagt, dies im Interesse der Senioren und Seniorinnen zu sanieren.

Franz Fischill

SCHÖN, WENN SICH IN ZUKUNFT
ANDERE UM ALLES KÜMMERN.

2,75% P.A.
FIX
BIS 31.12.2012

DAS GUTE AUSSICHTEN SPARBUCH

Die Sparform für Bequeme.

Lassen Sie uns für Sie arbeiten. Mit dem Gute Aussichten Sparbuch, das automatisch darauf schaut, dass Sie auch nach 2012 garantiert immer attraktive Marktzinsen kassieren*.

Mitten im Leben.

www.mitten-im-leben.at



*) Gesamtlaufzeit fünf Jahre, nach 2012 werden die Zinsen indikatorgebunden einmal pro Jahr angepasst.



Bildung: Anforderungen steigen

Arbeitsplatz Kindergarten

Aufholbedarf beim Ausbau von Betreuungsplätzen für Drei- bis Sechs-Jährige.

Lautes Kinderlachen erfüllt den Kindergarten Herminenhof in Wels. Während in der Regenbogengruppe eine Turnstunde am Programm steht und 23 Kinder ausgelassen mit Bällen spielen und sich an der Kletterwand austoben, wird in der Sonnenscheingruppe die Kreativität der Drei- bis Sechs-Jährigen gefördert. Unter der Anleitung von zwei Kindergartenpädagoginnen malen, basteln und bauen die Kinder Puzzles. Die Kindergartenpädagogin Doris Beyer liebt diesen bunten Alltag: „Für die Arbeit mit den Kindern sind immer wieder neue, kreative Ideen notwendig, und es wird nie langweilig.“

Sprachförderung einbauen

108 Kinder besuchen den Kindergarten Herminenhof, der einer von insgesamt elf Stadtkindergärten in Wels ist. Knapp 59 Prozent der Kinder sind nicht-deutscher Muttersprache. „Der hohe MigrantInnenanteil verändert die gesamte Arbeit und verlangt zusätzlichen Einsatz der BetreuerInnen“, erklärt Kindergartenleiterin Ulrike Penzenstadler. Die Sprachförderung wird im normalen Kindergartenalltag eingebaut. Mit zusätzlichem Personal, am Vormittag wird jede Gruppe von zwei Pädagoginnen betreut, ist der Kindergarten ganz gut aufgestellt. „Sprachförderung ist ein Bereich, für den immer ausreichend Geld da sein muss. Denn mit der richtigen Förderung kann man bei den Kindern in diesem Alter sehr viel bewirken“, erklärt Penzenstadler. Der Kindergarten Herminenhof hat jeden Tag von



Mit der richtigen Förderung kann man bei Kindern vieles bewirken – auch die Ausbildung der Pädagogen/-innen muss stimmen.



6.30 bis 17.30 Uhr geöffnet – bei Bedarf wäre eine Erweiterung bis 18 Uhr möglich. Die Stadt Wels ermöglicht damit beiden Eltern einen Vollzeitjob. Doch in anderen Städten zeigt der Kinderbetreuungsatlas, der von der Arbeiterkammer OÖ erstellt wird und einen Überblick über das Angebot



»Sprachförderung wird in normalen Alltag eingebaut.«

Ulrike Penzenstadler



chendeckenden Ausbau von Kindergartenplätzen und gezielte Sprachförderung.

Beruf aufwerten

Österreich ist neben Malta das einzige EU-Land, wo Kindergartenpädagoginnen nicht auf Hochschulniveau ausgebildet werden. „Eine erweiterte Ausbildung würde den Beruf aufwerten und Kindergärten von Betreuungs- zu Bildungseinrichtungen machen. Außerdem bekämen die Pädagogen/-innen damit mehr Weiterbildungsmöglichkeiten“, erklärt Alexander Prischl, Leiter der ÖGB-Bildungspolitik, warum sich der ÖGB für eine erweiterte Ausbildung ausspricht.

Sabrina Kainrad

Arbeitsmarkt:

Zuwanderung

In Österreich sind sehr viele MigrantInnen beschäftigt. Trotzdem ist der politische Rahmen für deren Integration weniger entwickelt als in den meisten anderen OECD-Ländern. Das geht aus dem Ende November veröffentlichten OECD-Bericht hervor. Wesentliche Kritikpunkte sind: Die Politik für MigrantInnen ist auf viele verschiedene Institutionen aufgeteilt, es fehlt ein Plan für Integration und Förderung. Sozialminister Rudolf Hundstorfer wies darauf hin, dass es bereits einige Verbesserungen gegeben habe. Wie etwa das geplante „Jugendcoaching“, das Jugendlichen weiterhelfen soll, wenn sie nicht wissen, was sie nach der Pflichtschule machen sollen. Weiters die Definition von Menschen mit Migrationshintergrund als speziell förderungswürdige Gruppe im AMS und die im September gestartete Migrationsplattform. Der Bericht zeigt auch auf, dass MigrantInnen in Österreich weniger oft arbeitslos als in anderen OECD-Staaten sind, was an der insgesamt niedrigen Arbeitslosigkeit hierzulande liegt. „Österreich braucht seine MigrantInnen, und wie der Bericht auch zeigt, nehmen sie keine Arbeitsplätze weg“, sagt Hundstorfer.

Sportbekleidung:

Ausbeutung

Die Clean Clothes Kampagne macht auf menschenunwürdige Arbeitsbedingungen aufmerksam. Zum Start der Wintersaison steigt der Umsatz von Markenfirmen, die Kleidung für Boardersportarten produzieren. Doch in China, Indien oder Vietnam stellen Menschen oft unter gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen für Hungerlöhne bis zu 16 Stunden am Tag die Bekleidung her. Die Snow-, Skate- und Surf-Bekleidungsbranche hat bisher wenig unternommen, um die Arbeitsrechte der NäherInnen in den Zulieferbetrieben zu wahren. Die Clean Clothes Kampagne fordert im Rahmen der Aktion „Ride for a Change“ die gesamte Boarderbranche auf, diese Missstände zu beheben. Auch Straßenaktionen in Innsbruck, Wien und Linz sind geplant, um die KonsumentInnen auf die Zustände aufmerksam zu machen. Petition unterschreiben unter: www.cleanclothes.at

Kultur 2012:

Für alle

Neben kostenlosem Rechtsschutz, vielfältigen Beratungsangeboten, Aktivitäten für jugendliche Mitglieder bis zu Urlaubsangeboten hat der ÖGB seinen Mitgliedern auch im Bereich Kultur einiges zu bieten. Auf der Website der ÖGB-Kartenstelle gibt es für viele Kultur- und Sportveranstaltungen in ganz Österreich Karten, in vielen Fällen für Mitglieder zu ermäßigten Preisen. Von der Rocky Horror Show über den Rosenkavalier bis zur Zirkusprinzessin ist für jeden Kulturgeschmack etwas dabei.

Informationen über Termine, Preise und Öffnungszeiten der Kartenstelle gibt es online unter: <http://kartenstelle.oegb.at>

Servicecenter 2012:

Informativ

Auch 2012 wird das ÖGB-Servicecenter Informationsabende anbieten, Fragen rund um die Arbeitswelt stehen im Mittelpunkt. Im ersten Halbjahr geht es um die Themen Fremdenrecht und Arbeitswelt, was gilt es bei einem neuen Arbeitsverhältnis zu beachten, wie macht man die ArbeitnehmerInnen-Veranlagung, um die vielen Facetten des Themas Bildung (Nachholen von Bildungsabschlüssen) und um das Thema Pensionsrecht. Bei Bedarf wird in mehrere Sprachen übersetzt. Die genauen Termine und die Anmeldeöglichkeiten werden jeweils vorher auf der Website des ÖGB veröffentlicht. www.oegb.at

Kalender 2012:

Künstlerisch

ÖGB und AK haben eine Auswahl von Fotos aus den vergangenen Ausgaben der „Arbeit&Wirtschaft“ zu einem ansprechenden Wandkalender 2012 zusammengetragen. Zu den Fotografien hat „Arbeit&Wirtschaft“-Chefredakteurin Katharina Klee Zitate, Sprüche, Aussagen platziert – das Ergebnis ist ein „Gesamtkunstwerk“. LeserInnen der Solidarität können Exemplare des Kalenders bestellen (max. drei Stück pro Person) – so lange der Vorrat reicht!

Bestellung unter: „Solidarität“, ÖGB-Pressereferat, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 oder redaktion@oegb.at

Mahlzeit: Polen

Gefilte Fisch und Bejgl

Nachbars Küche, Teil 8: Barszcz und Żurek, aber auch askenasische Küche.

Deftig. „Iss, trink und lockere den Gürtel“, soll man gesagt haben, als in Polen die Sachsenkönige regiert haben. Abgesehen davon, dass das nur für die wenigen galt, die sich dickmachende Lebensmittel leisten konnten, ist das Sprichwort bis heute passend für das, was in Polens Töpfen gart. Enten auf Warschauer Art oder Piroggen, die fleischgefüllten Teigtaschen, machen die deftige Küche aus. In Polen waren allerdings auch die askenasischen Rezepte zuhause, also die der ostjüdischen Küche mit Gefilte Fisch und Bejgl, dem Teigkringel, der als Bagel in den USA Verbreitung fand.

Koscher

Die jüdische Küche hat in Polen an Verbreitung verloren, weil die Juden in den deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Vor allem in Krakau haben aber seit der Wende 1989 wieder etliche koschere Restaurants aufgesperrt, die sich der ostjüdischen Küchentradition widmen. Karpfen auf jüdische Art (Karp po żydowski) ist dank Rosinen süß-pikant und geht so: Zwei Kilo Karpfen, geschuppt und ausgenommen, werden in Streifen geschnitten und entgrätet. Aus Kopf, Gräten und Haut



Bei Donuts und Bagels hat das Loch einen Sinn: Sie müssen weniger lang backen.

sowie einer Zwiebel und Karotten eine Suppe kochen. Nach einer dreiviertel Stunde je eine Handvoll Rosinen und Mandelblätter dazugeben und die

Fischstücke darin blanchieren. Nach anderen Rezepten wird der Fisch mit vier Zwiebeln und einer eingeweichten Semmel faschiert, dazu kommen

drei Eigelb und geschlagenes Eiweiß sowie Salz, Pfeffer und ein bisschen Zucker. Die Schwierigkeit: Diese Masse wird erst in die Fischhaut „gefüllt“, dann blanchiert. Viel Spaß beim Basteln! In die Suppe anschließend Gelatine einrühren, über den Fisch gießen und fest werden lassen. Kalt servieren.

Krapfen mit Loch

Der Bagel, der Krapfen mit Loch, wurde 1610 erstmals in jüdischen Quellen in Warschau erwähnt. Auswanderer haben das Rezept in die USA mitgenommen, und heute gilt der Bagel als typisch amerikanisch. Bagel müssen vor dem Backen gekocht werden.

Ein halbes Kilo Weizenmehl wird mit einem Packerl Germ vermischt, dazu kommen drei Esslöffel flüssige Butter, ein Seidl lauwarmes Wasser sowie Zucker und Salz. Den Teig eine gute Stunde gehen lassen, Bagel formen und noch einmal ruhen lassen. Eine halbe Minute in honiggewürztes kochendes Wasser tauchen, dann im Rohr hellbraun backen. Dazu passen Tee, Kaffee oder Kakao und wahrscheinlich auch Büffelgraswodka mit Apfelsaft und Zimt.

Florian Kräftner

Buchprojekt: Integration

Mit uns, statt über uns

Türkische MigrantInnen kommen zu Wort – eine differenzierte Sicht auf Integration.

„In Arbeit geeint“: So lautet der Titel eines neu erschienenen Buches über die Situation türkischer ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz. Den Titel haben die AutorInnen bewusst gewählt, denn viele ihrer Probleme unterscheiden sich wenig von jenen anderer MigrantInnen, auch wenn das in der Öffentlichkeit meist anders dargestellt wird. In dem Buch kommen sie nun selbst zu Wort, es zeigt auf, wie problematisch es ist, dass bei Integration immer noch zu sehr über MigrantInnen gesprochen wird, statt mit ihnen.

Vielfältiges Bild

Allein durch die Auswahl der Interviewten ergibt sich ein vielfältiges Bild: Befragt wurden ArbeiterInnen, Betriebsrä-



Innen und MitarbeiterInnen des ÖGB. Die Befragten gehören zur ersten, zweiten oder dritten Generation. Es sind ÖsterreicherInnen mit und ohne türkischen Migrationshintergrund, Türken/Türkinnen und Kurden/Kurdinnen. Bei aller Vielfalt gibt es einige Gemeinsamkeiten, die wichtigste laut Ko-Autor Robert Krönitzer: „Sie wollen gleich behandelt und einbezogen werden.“

Das Buch ist somit ein Plädoyer dafür, stärker in den Dialog zu treten und Integration als gemeinsamen Prozess zu begreifen. Denn, wie Betriebsrat Aidin Sari es ausdrückt: „Die Zeiten werden immer härter, deshalb sollten wir uns als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegeneinander ausspielen lassen.“

„In Arbeit geeint. Ein Projekt des 60. Lehrganges der Sozialakademie“, Thom Kinberger/Robert Krönitzer/Malgorzata Peterseil/Mehmet Soytürk ÖGB-Verlag. Bestellung: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Sonja Fercher



Azem Olcay, Rechtsberater beim ÖGB, ist einer der Befragten im neuerschienenen Buch.

Euro: Zehnter Geburtstag

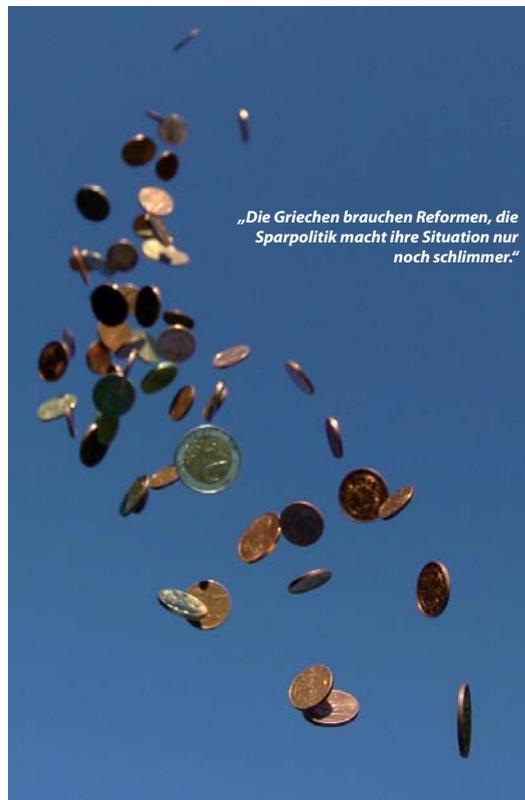
Mit Euro gewachsen

Taumelndes Griechenland, gefährdetes Italien und Spanien: Was hat uns der Euro gebracht?

Rosarot war es auch mit dem Schilling nicht. Währungsspekulationen in den 1990er-Jahren bereiteten auch Österreich massive Probleme. Etwa mit der Pfundkrise und der Krise der italienischen Lira wurden 1992 gleich mehrere Währungen abgewertet. Fazit: Die österreichischen Exportwaren waren zu teuer, eine Wirtschaftskrise folgte, die Arbeitslosigkeit stieg. „Die Papierindustrie und die Stahlindustrie hatten damals ziemlich hart um ihre Existenz zu kämpfen“, weiß Georg Kovarik, Leiter des Referats für Volkswirtschaft im ÖGB.

Euro als Rettung

Die einheitliche Währung sollte die Risiken von Schwankungen minimieren und die Wirtschaft mit Impulsen versorgen. Nicht ohne Erfolg. „Ein Viertel des Wachstums in Österreich ist auf einen stabilen Euro zurückzuführen“, erklärt Experte Kovarik. Doch die Verteilung des Wachstums ist ungerecht. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen spüren kaum positive Auswirkungen. Seit 2001 ist das Realeinkommen (pro Jahr) sogar dreimal geschrumpft, zweimal stagnierte es. Nur 2009 konnte eine Erhöhung von 2,9 Pro-



zent verzeichnet werden, sonst grundelte der Anstieg bei 0,3 bis 1,4 Prozent. Manche Menschen hatten aber auch Grund

zum Jubeln. In Österreich wurden im Jahr 2010 immerhin 73.900 Euro-Millionäre gezählt – ihr Vermögenszuwachs

von 2009 auf 2010 betrug 20 Milliarden Euro oder ganze acht Prozent! Innerhalb der EU gab es einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuern, das machte vor allem die Reichen immer reicher.

Sparen macht's schlimmer

Das Spiel mit dem Euro: Die Welt-Finanzkrise von 2008, ausgelöst durch gigantische Fehlspekulationen, zwang Staaten für marode Banken einzuspringen und an den Folgen leiden wir heute noch. Davor hat es Griechenland geschafft, durch falsche Angaben dem Euro beizutreten. Geholfen hat dabei Goldman Sachs, ein US-Investmentbanking-Unternehmen. „Die Griechen brauchen Reformen und Geld, eine Sparpolitik macht ihre Situation nur schlimmer“, führt Kovarik aus. Denn wichtig ist, dass die Wirtschaftskraft der Griechen zunimmt – Kovarik sieht die Konsequenz aus dieser Krise: „Die EU hat zwar eine gemeinsame Währung, aber dazu braucht es noch eine gemeinsame Wirtschafts- und Lohnpolitik, die dafür sorgt, dass der wirtschaftliche Erfolg auch bei den arbeitenden Menschen ankommt.“

Christian Resei

2011: Europa

Wir blicken zurück

Arbeitsmarktöffnung, Griechenland, Finanztransaktionsteuer – dieses Jahr oft gelesen und gehört.

Statt einer Verschnaufpause nach der überstanden geglaubten Weltwirtschaftskrise hatte die EU 2011 mit der Rettung des Euros alle Hände voll zu tun. Nachdem Griechenland nur mit Ach und Krach vor der Pleite gerettet wurde, scheint sich die Schuldenspirale, ausgelöst durch die Finanzmarktkrise, unaufhaltsam weiterzudrehen. Eine allgegenwärtige und viel kritisierte Rolle spielten das ganze Jahr über auch die US-Ratingagenturen. Deren Diktat wird Europa wohl noch länger ausgeliefert sein, wehrt sich Kommissionspräsident Manuel Barroso doch strikt gegen eine EU-eigene Agentur. Endlich zur Vernunft scheinen das EU-Parlament und die Kommission im Bezug auf die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer gekommen zu sein. Der Druck der Gewerkschaften hat gewirkt: Eine Steuer von 0,1

Prozent auf den Handel von Aktien und Anleihen soll 2014 eingeführt werden. Großbritannien stemmt sich noch in der Angst um sein Finanzzentrum Londoner Börse vehement dagegen.

Mediengesetz Ungarn

Von der EU scharf kritisiert wurde das neue Mediengesetz in Ungarn, das die Rechte der Redaktionen schwer einschränkt und die Pressefreiheit auszuhebeln versucht. Nach heftigen internationalen Protesten wurde es vom umstrittenen Ministerpräsident Viktor Orbán etwas abgeschwächt.

Maßnahmen greifen

Wenig zu lachen hatten auch junge EU-Bürger: Die Arbeitslosigkeit bei Menschen zwischen 15 und 24 Jahren stieg europaweit auf ein Rekordhoch von 20,5 Prozent.



„Der ÖGB und die Gewerkschaften werden nicht müde zu sagen: Sparen macht uns kaputt“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar.

Der befürchtete Ansturm von Billigarbeitskräften seit der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai ist ausgeblieben. Die Vorkehrungsmaßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping scheinen zu greifen. 2012 wird weiter im Zeichen der Euro-Rettung stehen. Den Vorsitz im Rat der Europäischen Union werden

im ersten Halbjahr Dänemark und anschließend Zypern übernehmen. Obwohl der Beitritt Kroatiens in die EU schon beschlossene Sache ist, wird sich das zukünftige 28. EU-Mitglied noch bis 2013 zur offiziellen Aufnahme gedulden müssen.

Clemens Nechansky

Europa:

Wachstum

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat die Vorschläge der Europäischen Kommission für ein neues Maßnahmen-Paket analysiert und begrüßt die Tatsache, dass die Kommission nun den Weg für offene Beratungen und Diskussi-



onen über die gemeinsame Herausgabe von Stabilitäts-Bonds geöffnet hat. Nichtsdestotrotz, so der EGB, würden die Wirtschaft, die Arbeitsplätze, die Sozialsysteme und die gemeinsame Währung durch irrationale Marktspekulationen weiterhin an den Rand des Abgrunds gebracht. Der EGB appelliert daher an die Europäische Zentralbank, sofort zu handeln und das zu tun, was jede Zentralbank rund um die Welt tun würde: Beendet den Irrsinn der Finanzspekulationen und konfrontiert die Märkte mit einem Wall aus Finanzen und Liquidität.

2012:

Generationen

Das Jahr 2012 wird zum „Europäischen Jahr für aktives Altern – Solidarität zwischen den Generationen“ ausgerufen. Diese Initiative soll zur Schaffung besserer Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen für die zunehmende Zahl älterer Menschen in Europa beitragen, ihnen helfen, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen, und gesundes Altern fördern. Die EU befindet sich in einem Prozess starker Alterung: Ab 2012 wird in Europa die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter abzunehmen beginnen, während die Zahl der über 60-jährigen jährlich um etwa zwei Millionen zunehmen wird. Der stärkste Druck wird zwischen 2015 und 2035 erwartet, wenn die sogenannten geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand eintreten werden.

Das stellt viele Herausforderungen an die EU und die Mitgliedsstaaten, von der Sicherung der Pensionssysteme bis zu Maßnahmen für ausreichend gut qualifizierte Fachkräfte.

Karenz-Anrechnung

Die Sozialpartner haben sich auf einen neuen Kollektivvertrag für die Beschäftigten im Handel und für die Zeitarbeiterinnen in Österreich geeinigt. Die zentrale Forderung der Gewerkschaften nach Anrechnung der Karenzzeiten wurde durchgesetzt. Die Anrechnung gilt für die Einstufung im KV und bleibt beim Wechsel des Arbeitgebers erhalten. Vor allem Frauen profitieren von dieser neuen Regelung.

**Vorstandsgehälter**

Die Vorstandsgehälter in börsennotierten österreichischen Aktiengesellschaften stiegen 2010 im Vergleich zu 2009 um etwa 13,2 Prozent. In Deutschland liegt das Plus für Aufsichtsräte lt. Deutscher Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz bei 26 Prozent. Die im internationalen Vergleich eher niedrige Vergütung von 25.000 Euro pro Aufsichtsrat in Österreich lasse in den nächsten Jahren überdurchschnittliche Steigerungen erwarten.



Gewerkschaftsjugend: Antifaschistische Arbeit ist erster Auftrag

Im Hier und Jetzt aufpassen

Ausgerechnet am Holocaust-Gedenktag am 27. Jänner 2012 will Europas Rechte einen Ball in Wien veranstalten.

Die jungen Menschen, die die Österreichische Gewerkschaftsjugend vertritt, sind zwischen 14 und Mitte Zwanzig. Sie kennen die Schrecken des Nationalsozialismus vielleicht aus dem Geschichtsunterricht oder von ihren Großeltern, aber für sie ist das alles weit weg und lange vorbei. Umso ernster nimmt die ÖGJ ihre Aufgabe, junge Menschen vor den Gefahren von rechten und totalitären Regierungen zu warnen. Wir brauchen dafür nicht in weit entfernte Zeiten und weit entfernte Länder zu schauen: Wenn wir heute in unser Nachbarland Ungarn schauen, dann sehen wir, was rechte Regierungen für die Demokratie übrig haben: Sie beschneiden die Rechte der Medien, sie beschneiden die Rechte von Gewerkschaften und sie schaffen ein Klima im Land, das sich in Ungarn u. a. gegen Roma richtet, in anderen Ländern sind eben andere Gruppen die „Feinde“.

Hinter uns?

Wir glauben vielleicht, dass wir in Österreich das alles weit hinter uns gelassen haben. Wir

haben doch eine demokratisch gewählte Regierung, wir haben Gesetze, die nationalsozialistische Wiederbetätigung verbieten, wir haben staatlich anerkannte „Minderheiten“ – aber hier könnte man schon ins Stolpern geraten: Denn wie lange hat es gedauert, bis die Kärntner Slowenen die ihnen zustehenden Ortstafeln bekamen? Jahrzehnte, und viel zu viel Hass war dabei mit im Spiel.

Was ist Verhetzung?

Es gibt auch andere Beispiele, ebenfalls im Hier und Jetzt in Österreich: Ein Grazer Gericht fand den „Grad der Verhetzung“ bei einem Computerspiel, dessen Ziel es ist, Muezzine abzuschießen und damit Moscheen zu vernichten, nicht ausreichend für eine Verurteilung. Der Auftraggeber des Spiels ist Gerhard Kurzmann, Landesrat der FPÖ in Graz und Obmann der steirischen FPÖ. Und die Granden der FPÖ sind es auch – angefangen beim FPÖ-Mann Martin Graf, dritter Präsident des Nationalrates der Republik Österreich –, die alljährlich beim Wiener Korporationsball



Jürgen Michlmayr,
Vorsitzender der
Österreichischen
Gewerkschaftsjugend

Kurz vor Druck der „Solidarität“ hat die Betreibergesellschaft der Hofburg offenbar entschieden, dem WKR die Räume künftig nicht mehr zu vermieten – siehe Seite 7.

mit anderen Rechten aus ganz Europa zusammentreffen.

Deutliche Proteste

Der Ball ist ein Stelldichein für die High Society der europäischen rechten Szene. Schlimm genug, dass sich Männer in Burschenschaftler-Verkleidung, viele mit Narben im Gesicht, in Wien versammeln, um sich zu vernetzen – man muss eigentlich schon Angst davor haben,

was dabei herauskommen mag. Noch schlimmer aber ist, dass der Ball in der Wiener Hofburg, einem Prunkbau der Republik am – ebenfalls sehr geschichtsträchtigen – Heldenplatz stattfindet. Die Vermietung des Ballsaals ist ausgelagert, heißt es, die private Betreibergesellschaft sei zuständig und die Räume wurden Jahre im Voraus gebucht. Das mag alles sein. Die Proteste der Gewerkschaftsjugend, des ÖGB, der

Studierenden, vieler politischer oder kirchlicher Organisationen, vieler Vereine, die werden sich die Veranstalter des Balls, die Gäste, die Verantwortlichen in der Hofburg, ob nun ausgelagert oder offiziell, allemal anhören müssen. Und 2012 umso deutlicher, als am 27. Jänner, dem Tag des Balls, der Internationale Holocaust-Gedenktag zum Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau ist.